

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Rechtsgrundlagen und Armeehalbierung: Keine Volksabstimmung – keine basisdemokratische Legitimation

Referendum gegen die Militärgesetz-Revision missglückt

Heinrich L. Wirz

Rund 45 000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das Referendum zur Revision von Militärgesetz einschliesslich Armeeargumentation unterschrieben. Sie stellten sich der einseitigen Staatspropaganda entgegen und wollten selbst über ihre Armee und damit über den Sicherheitsraum Schweiz abstimmen.

Die Änderung der Rechtsgrundlagen für die (angebliche) Weiterentwicklung der Armee («WEA») ist in «Pro Militia» sowie mittels amtlicher Anhörungen und Druckschriften ausgiebig und konstruktiv-kritisch beurteilt worden.

Dennoch hat eine breite öffentliche Auseinandersetzung um den Sicherheitsraum Schweiz (noch) nicht stattgefunden – auch nicht während der Referendumsfrist vom 29. März bis zum 7. Juli 2016. Immerhin haben rund 45 000 Stimmbürgerinnen

und Stimmbürger das «Bürgerkomitees Für unsere Sicherheit – Nein zur Halbierung der Armee» unterschrieben. Das Komitee wurde getragen durch die armeerfreundliche Gruppe Giardino. Nachfolgend seien die wichtigsten «WEA»-Streitpunkte festgehalten. Diese werden in absehbarer Frist wieder zu reden geben, spätestens bei einem Dauereinsatz der Armee für Objekt- und Grenzschutz (siehe auch «Pro Militia» 1/2016 vom 22. Februar 2016, Seite 5 und 2/2016 vom 23. Mai 2016, Seite 1 bis 3!).

Begriffsverwirrungen

Dem chinesischen Philosophen Konfuzius wird die Weisheit von der Verwirrung der Worte, der Begriffe und der Vernunft zugeschrieben. Die «Spin-Doctors» des VBS prägen frühzeitig den irreführenden Begriff der sogenannten Weiterentwicklung der Armee mit dem ominösen Kürzel «WEA». Mittels dieses trügerischen Titels wird suggeriert, die Armee werde tatsächlich «weiterentwickelt», und dazu seien geänderte Rechtsgrundlagen erforderlich. Dies stimmt gleich dreifach nicht. Erstens sind die angestrebten Verbesserungen in Ausbildung (Kader), Ausrüstung (Vollständigkeit) und Bereitschaft (Mobilmachung) eine teilweise Mängelkorrektur der im Wesentlichen gescheiterten Reform «Armee XXI», also eine Rückentwicklung zur bewährten «Armee 61». Zweitens hätten diese unbestrittenen Massnahmen längstens und ohne langwierige rechtliche Änderungen verwirklicht werden können und müssen. Drittens kann bei einer praktischen Halbierung der Armeesollbestandes doch nicht von «weiterentwickeln» die Rede sein. Dies umso mehr bei der rasch steigenden möglichen Bedrohung der Inneren Sicherheit, die eine Unterstützung der kantonalen Behörden – insbesondere Polizei – und des Grenzschutzkorps in personalintensiven Ablösungen erfordert.

Reizwort «Halbierung»

Die Befürworter der vierten Armeereform innert 25 Jahren bestreiten, dass es sich bei der «WEA» um eine Armeehalbierung handle und betreiben allerlei Zahlenakrobatik mit theoretischen Effektivbestän-

den. Demgegenüber stehen zahlreiche Belegstellen zur «Schrumpfarmee», vorweg in der bundesrätlichen «Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee» vom 3. September 2014 (14.069): «Mit 100 000 wird der Sollbestand gegenüber der bisherigen Armee halbiert, vor zwanzig Jahren lag er noch bei 600 000.»

Miliztauglichkeit?

Die Schweiz hat eine Armee, die grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert ist, steht in Artikel 58 der Bundesverfassung. Eine grundlegende Erörterung, ob die «WEA» mit dem Milizprinzip vereinbar sei, wurde möglichst unterdrückt – ein Tabuthema. Auch hier ist seitens VBS selektiv (nicht) orientiert worden, zum Beispiel in dessen «WEA»-Beratungsgremien. Die Befolgung des Milizprinzips kann unter anderem am Anteil der Milizoffiziere an Kommandantenfunktionen gemessen werden. Aus einem Faktenblatt des VBS vom 31. März 2016 geht hervor, dass sich mit der «WEA» die Kommandanten der nur noch rund 100 Truppenkörper (Bataillone etc) auf 60% Miliz- und 40% Berufsoffiziere verteilen sollten. Heute bestehen rund 170 anstatt neu 100 Truppenkörper, womit der numerische Anteil der Milizoffiziere und deren Einfluss massiv grösser ist. Man rechne!

Giftschrank des Chefs VBS

Bundesrat Guy Parmelin ist der vierte Chef VBS in Serie aus der SVP, die damit eine besondere Verantwortung für den heutigen Zustand des schweizerischen Wehrwesens tragen muss. Er hat von seinem im VBS glücklosen Vorgänger einen Giftschrank mit hochexplosiven Vorhaben übernehmen müssen. Darunter befinden sich Boden-Luftverteidigung 2020 (BODLUV), Dienstpflicht / Militärdienstverweigerung, Armeefinanzierung, Flugzeugbeschaffung, «Kopfstruktur» / Chef der Armee, Kreditreste, Operative Schulung, Stationierungskonzept und eben «WEA». Bei BODLUV hatte er noch Handlungsfreiheit und sis-

tierte das Projekt. Bei «WEA» ist er politisch gebunden und nimmt im Schreiben an seine Mitarbeitenden vom 7. Juli 2016 «mit Genugtuung» Kenntnis, dass das Referendum nicht zustande gekommen ist. Warum denn Genugtuung? Wäre nicht im Grunde genommen eine Volksabstimmung eine Chance für ihn, den Bundesrat, die Armee und deren demokratische Verankerung gewesen?

Desorganisation

Die mehrfach untaugliche, zentralistische Führungsorganisation von Armee (und VBS), die sogenannte Kopfstruktur ist jetzt, neben dem ungenügenden Sollbestand, in der parlamentarischen Verordnung Armeeargumentation (AO) geregelt. Die AO enthält unter anderem einen (immer noch) überflüssigen Chef der Armee, ein ebenso unnötiges Unterstützungskommando, eine weitere Herabstufung und Zerlegung der Luftwaffe sowie die Auflösung aller 6 (Gebirgs-)Infanteriebrigaden und von zirka 70 Bataillonen/Abteilungen. Zudem: der Verzicht auf eine Reserve, das Personelle der Armee fehlunterstellt, die Operative Schulung inexistent und viel zu weitgehende organisatorische Zuständigkeiten des Bundesrates.

Bekannte Sprachregelung

Im Weiteren wiederholt der Chef VBS im erwähnten Schreiben die längst bekannten «Spin Doctor»-Sprachregelungen, die auch durch ständige Wiederholung nicht wahr werden. «Die WEA basiert auf aktuellen Grundlagen und ist das Resultat einer breiten sicherheitspolitischen Diskussion.» Sie stütze sich auf den Sicherheitspolitischen Bericht 2010, auf den Armeebericht 2010 und auf den Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichts 2016. Die Armee «WEA» könne unser Land besser verteidigen sowie die zivilen Behörden schneller und gezielter unterstützen. Die Berichte sind jedoch überholt und die «bessere Verteidigung» eine Behauptung. «Jetzt gilt es, die Absicht von Parlament und Bundesrat in die Tat umzusetzen», liest man weiter, und zwar ab 2018 für die 100 000 Angehörige starke Armee [sic!]. 2021 solle die Reform grösstenteils abge-

Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.

Helmut Schmidt (1918–2015), deutscher Bundeskanzler 1974–1982.

Machen wir uns aber nichts vor: Korruption gibt es überall, auch in der Schweiz.

Schlimmer als die Geldkorruption ist die intellektuelle Korruption, der Opportunismus.

Diese Geisteshaltung ist ein Anzeichen für Dekadenz.

Franz Blankart, Schweizer Wirtschaftsdiplomant 1965–1998.

geschlossen sein. Aber die «WEA» ist und bleibt eine «Mission impossible».

Zusammenfassung

Aufgrund veralteter Grundlagenberichte von 2010 (Sicherheitspolitik und Armee) sowie angesichts steigender Bedrohung vor allem der Inneren Sicherheit beschliesst das Parlament innert 25 Jahren einen vierten Armeeargumentation für die Jahre 2018 bis 2021. Dieser reduziert den Sollbestand an Armeemännern und damit insbesondere die Anzahl Offiziere und Unteroffiziere praktisch um die Hälfte. Die vorzeitigen Abbauvorgaben an Personal, Material, Bauten und Finanzen sowie die Führungs- und Truppenorganisation einschliesslich der irreführenden Sprachregelung «WEA» stammen ursprünglich von einer kleinen internationalistischen Seilschaft im Dunstkreis des VBS. Eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit wird vermieden und im VBS sogar unterdrückt, angefangen bei der Verfassungsmässigkeit und der Miliztauglichkeit der Vorlage Die Berufsoffiziere werden unterschrittlich gleichgeschaltet und riskieren bei «WEA»-Kritik ihre Beförderung. Das VBS setzt Beratungsgremien ein, die kaum etwas zu sagen haben, weil das Allermeiste schon vorbestimmt ist.

Ende des Artikels auf Seite 2



Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Referendum gegen Militärgesetz-Revision missglückt	1
Referendum contre la révision de la Loi sur l'armée a échoué	2
Referendum contra la revisione della legge militare non è riuscito	3
Truppenbesuch von Pro Militia bei Swissint in Stans	4
Randbemerkung	4
Bericht Dienstpflichtsystem: Interview mit Arthur Loepfe In Memoriam Frank A. Seethaler	5
Sezione della Svizzera italiana	6
Buchempfehlungen	7
Schwarzer Tag für die Schweiz	8
Impressum	8
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci!	8

Fondements légaux et réduction de moitié de l'armée – pas de vote populaire

Le referendum contre la révision de la Loi sur l'armée a échoué

Heinrich L. Wirz

45 000 citoyennes et citoyens ont signé le referendum sur la révision de la Loi sur l'armée, y compris son organisation. Ils résistaient ainsi à la propagande officielle et manifestaient leur volonté de décider par eux-mêmes de l'avenir de l'armée et donc de la sécurité du territoire suisse.

La modification des fondements légaux permettant le (prétendu) Développement de l'armée (DEVA) a été évoquée à de nombreuses reprises de façon constructive mais critique dans «Pro Militia», ainsi qu'à l'occasion d'auditions internes ou par le biais de plusieurs publications.

Malgré cela, il faut hélas constater qu'un vaste et nécessaire débat public sur la sécurité du territoire de notre pays n'a pas (encore) eu lieu – non plus pas durant le délai référendaire courant du 29 mars au 7 juillet 2016. Et pourtant, 45 000 citoyennes et citoyens ont soutenu par leur signature l'action du «Comité des citoyens pour notre sécu-

rité - Non à la réduction de moitié des effectifs de l'armée». Le comité étant principalement mis en place par le groupe Giardino, dont la seule vocation est le soutien à notre armée.

Les points de dispute liés à la réforme DEVA sont rappelés ci-dessous. Notons toutefois que la vérité apparaîtra au plus tard au moment d'un engagement durable de l'armée - dans le cadre de la protection de la frontière et/ou d'objets vitaux (voir également «Pro Militia »1/2016 du 22 février 2016, page 5 et 2/2016 du 23 mai 2016, pages 1 à 3!).

Manipulation du sens des mots

On attribue au philosophe chinois Confucius d'avoir, avec lucidité et sagesse, dénoncé la manipulation du sens des mots, des termes et des définitions pour contrer le simple bon sens. Les «Spin-Doctors» du Département de la Défense s'en sont inspirés pour imposer le terme trompeur de «Développement de l'armée», tout en le réduisant à une abréviation inintelligible appelée DEVA (WEA pour les allemands). S'appuyant sur ce titre trompeur, on a suggéré que l'armée serait effectivement «développée» et que les bases légales devaient pour ce faire être modifiées. Le titre est trompeur pour trois raisons. Premièrement, les améliorations apportées dans le cadre de l'instruction (formation des cadres), de l'équipement de tous et de l'état de préparation (mobilisation) ne sont en fait que la réponse apportée aux corrections nécessaires imposées par l'échec de la Réforme «Armée XXI», soit le retour aux fondements de l'«Armée 61». Deuxièmement, ces mesures correctives auraient du être prises depuis longtemps déjà et sans devoir entraîner de fastidieuses modifications législatives. Troisièmement, il n'est pas crédible de mettre en parallèle un «développement de l'armée» et la réduction de pratiquement la moitié de ses effectifs. De plus au moment même où les graves menaces planant sur la sécurité intérieure pourraient entraîner les autorités cantonales à demander l'appui de l'armée, en particulier aux forces de police, et le renforcement du corps des garde-frontières. Deux tâches exigeant d'importants effectifs permettant d'assurer les relèves.

Le terme qui fâche : «réduction de moitié».

Les partisans de la quatrième réforme de l'armée en 25 ans réfutent le terme de «réduction de moitié» pour, jonglant avec les chiffres, faire illusion avec des effectifs théoriques sortis de nulle part. Il suffit pour les contrer de citer le «Message du Conseil fédéral sur la modification des bases légales concernant le Développement de l'armée» du 3 septembre 2014 (14.069): «Le passage à un effectif réglementaire de 100 000 hommes correspond à une réduction de moitié de l'effectif de l'armée. Il y a

vingt ans, celui-ci était encore de 600 000 hommes.»

Respect du principe de milice ?

L'article 58 de la Constitution fédérale stipule: «La Suisse a une armée. Celle-ci est organisée essentiellement selon le principe de l'armée de milice.» Une affirmation claire comme quoi la réforme DEVA était compatible avec le principe de milice a été gommée des débats. Les associations et autres organes consultés n'en ont pas eu vent. Une fois de plus, le Département a informé de façon pour le moins sélective. Le respect du principe de milice peut, entre autre, se mesurer à la proportion des officiers de milice occupant une fonction de commandant.

Un fascicule du Département paru le 31 mars 2016 prétend qu'à la suite de la Réforme DEVA, les commandements des 100 corps de troupe subsistants seront occupés à 60% par des officiers issus de la milice et à 40% par des officiers issus du corps des professionnels. On compte aujourd'hui 170 corps de troupe dans lesquels la proportion des officiers de la milice est bien plus élevée. Cherchons l'erreur en calculant le nombre de commandants de milice subsistant après le passage à 100 corps de troupe!

L'armoire aux poisons du Chef du DDPS

Le conseiller fédéral Guy Parmelin est le quatrième chef du DDPS à la suite issu de l'UDC. Chacun porte sans conteste une part de responsabilité dans l'état actuel de l'armée suisse. Monsieur Parmelin a hérité de son prédécesseur malheureux une sorte d'armoire aux poisons (Giftschrank) contenant un certain nombre de sujets aussi délicats qu'explosifs. Parmi ceux-ci, l'ont peut sans autre mentionner le système de défense sol-air 2020 (BODLUV), l'obligation de servir confrontée au refus de servir, le financement de l'armée, la structure de commandement et le rôle du chef de l'armée, les crédits en suspend, l'instruction opérative, le concept de stationnement et bien sûr la Réforme DEVA.

Pour ce qui concerne le système de défense sol-air, il a pu faire usage d'une relative liberté de manœuvre en le renvoyant aux calendes (grecques). Pour la Réforme DEVA, il s'est trouvé politiquement pieds et poings liés. Confiant à ses collaborateurs par un message du 7 juillet 2016 qu'il avait appris, avec soulagement (Genugtuung), l'échec du referendum. Pourquoi donc un tel soulagement? Une votation populaire n'aurait-elle pas été une chance à saisir, pour lui, pour le Conseil fédéral, pour l'armée et finalement pour l'ancrage de celle-ci dans le peuple.

Désorganisation

L'organisation de conduite de l'armée (et du Département), a maintes fois été qualifiée de centralisatrice et inefficace. Cette fameuse struc-

ture de conduite (Kopfstruktur), est précisée, tout comme le sous-effectif, dans l'Ordonnance de l'Assemblée fédérale sur l'organisation de l'armée (OOrgA). L'Ordonnance maintient la fonction très discutée de Chef de l'armée, un état-major d'appui tout aussi superflu, le déplacement en «challenge league» et un affaiblissement des Forces aériennes, la suppression irréfléchie de toutes les brigades d'infanterie (6) et d'environ 70 bataillons/groupes. De plus, le renoncement à une réserve, le personnel de l'armée maladroitement assujéti, l'inexistence d'une instruction opérative et une responsabilité organisationnelle démesurée du Conseil fédéral.

Ne nous faisons pas d'illusion: la corruption existe partout, y compris en Suisse. Mais il y a pire que la corruption de l'argent, c'est la corruption des esprits, l'opportunisme. Cette attitude intellectuelle est un signe de décadence.
Franz Blankart, diplomate puis secrétaire d'Etat 1965–1998.

On ne devrait jamais sous-estimer le degré de stupidité des gouvernements.
Helmut Schmidt (1918–2015), chancelier fédéral allemand (1974–1982).

L'art des conventions de langage

Le Chef du Département rappelle et utilise dans le message déjà mentionné les conventions de langage définies par les fameux «Spin Doctors». Le fait de répéter inlassablement les mêmes théories ne les rend pas davantage crédibles. «La Réforme DEVA, en phase avec la situation actuelle, est le résultat d'une discussion approfondie sur la politique de sécurité.» Elle se fonde sur le Rapport sur la politique de sécurité 2010 et sur le Rapport sur l'armée 2010, ainsi que sur le projet du Rapport de politique de sécurité 2016.

L'armée «DEVA» est davantage en mesure de défendre le pays et d'appuyer au besoin plus rapidement et plus efficacement les autorités civiles. Les rapports sur lesquels se fonde la Réforme sont pourtant caducs et la «meilleure défense» une affirmation gratuite.

On peut lire plus loin: «Il s'agit maintenant de mettre en œuvre les décisions prises par le Parlement et le Conseil fédéral», concrètement à partir de 2018 pour une armée forte (sic) de 100'000 militaires. La Réforme devrait être pour l'essentiel finalisée en 2021 mais nous savons qu'il s'agit d'une mission impossible.

En conclusion

Se fondant sur des rapports caducs datant de 2010 (Rapports sur la politique de sécurité et Rapport sur l'armée), le Parlement, sans tenir compte de l'évolution de la menace, en particulier sur le plan inté-

rieur, a décidé d'une quatrième réforme (2018–2021) affaiblissant l'armée en 25 ans.

Cette Réforme réduit en effet drastiquement l'effectif réglementaire et pratiquement de moitié le nombre d'officiers et de sous-officiers. Les mesures préventives de réduction en matière de personnel, de matériel, de constructions, de financement et finalement d'organisation des troupes, y compris le terme abusif et trompeur de «Développement de l'armée» émanent à l'origine d'une petite équipe «internationaliste», aussi bien décidée qu'accrochée, oeuvrant avec efficacité et constance dans les arcanes du Département de la Défense.

Un large débat public sur la Réforme DEVA a été savamment étouffé, voire interdit sein du Département, en particulier par rapport à la constitutionnalité de la Réforme et du peu de respect du principe de milice.

Les officiers professionnels sont tenus de suivre la ligne officielle et toute critique de la Réforme DEVA mettrait sérieusement en question leur propre carrière. Le Département met en place des instances de conseil (experts) qui n'ont pratiquement aucune influence car tout est déjà décidé en amont. Ainsi en vait-il de la procédure de consultation. De même, les avis sollicités de spécialistes reconnus de la chose militaire n'entraînent aucune modification puisque la pensée unique règne en maître absolu.

La maîtrise des questions liées à la stratégie militaire et une connaissance approfondie de l'Armée XXI, comme d'ailleurs des formes d'organisation précédentes, sont des situations disons poliment assez rares au sein du Parlement et, si parfois elles émergent dans le débat politique, ce n'est que pour de brèves séquences vite oubliées.

Cette situation est assez alarmante. On pourrait ajouter au regard de certaines décisions: «C'est pire qu'un crime, c'est une faute» (Joseph Fouché, ministre de la police de Napoléon Bonaparte).

Osons l'affirmer, l'arrêté fédéral sur le cadre financier de l'armée 2017-2020 du 7 mars 2016 - portant sur un crédit de 20 milliards de francs - demeurera lettre morte, tout comme celui du 29 septembre 2011 pour un plafond de dépense de cinq milliards annuels à partir de l'année 2014 est simple maculature.

Une décision populaire aurait clarifié la situation

La proposition de réduction massive de l'armée entraînée par la Réforme DEVA a curieusement trouvé l'appui d'associations de milice. Celles-ci sont partiellement dépendantes du Département et ont su faire obstacle au référendum.

suite à la page 3

Fortsetzung von Seite 1

Sowohl die Vernehmlassung als auch die Anhörungen anerkannter und erfahrener Militärfachleute bewirken keine substantiellen Änderungen der stur vorgefassten Meinungen. Der militärstrategische Sachverstand sowie die (generalstäblichen) Kenntnisse der real existierenden Armee XXI und von deren Vorläufern sind im Parlament kaum mehr vorhanden oder kommen nicht länger an die politische Oberfläche. Der «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» vom 7. März 2016 über 20 Milliarden Franken wird Wunschdenken bleiben – so wie bereits derjenige vom 29. September 2011 für einen Ausgabenplafond von jährlich 5 Milliarden Franken für die Armee ab dem Jahr 2014 seit dann Makulatur ist. Fazit: «C'est pire qu'un crime, c'est une bêtise» (Joseph Fouché, Polizeiminister von Napoléon Bonaparte).

Klärender Volksentscheid

Die überholte Abbauvorlage «WEA» wird eigenartigerweise durch die Spitzen der ausserdienstlichen militärischen Milizvereinigungen unterstützt. Diese aber sind zum Teil vom VBS abhängig und behindern das Referendum. Dieses wird von einer kleinen Gruppe beherzter Bürgerinnen und Bürgern ergriffen – durch keine Partei oder namhafte politische Gruppierung unterstützt und in den Medien praktisch totgeschwiegen, angefangen bei der NZZ. Trotzdem unterzeichnet fast der halbe Sollbestand einer Armee nach «WEA» das Referendum. Dieses, aus dem Stand eingeleitet und anfänglich ohne personelle und finanzielle Mittel, missglückt infolge mehrfacher widriger Umstände. Somit fehlt dieser Armeeerform sowohl die basisdemokratische Legitimation als auch ein klärender Volksentscheid über die fragliche Verfassungsmässigkeit – ein staatspolitischer Makel. *Affaire à suivre!*

Heinrich L. Wirz, Oberst a D mit letzter Einteilung Armeestabteil Operative Schulung, ist Militärpublizist SFJ/BR, Verfasser militärpolitisch/historischer Publikationen und ex Chefredaktor «Pro Militia».

Basi legali e dimezzamento dell'esercito: nessuna votazione popolare – nessuna legittimazione democratica della base

Il referendum contro la revisione della legge militare non è riuscito

Heinrich L. Wirz

Circa 45 000 cittadine e cittadini aventi diritto di voto hanno firmato il referendum contro la revisione della legge militare. Essi si sono schierati contro la propaganda di Stato unilaterale e intendevano esprimersi in una votazione popolare sul loro esercito e quindi sullo spazio di sicurezza Svizzera.

La modifica delle basi per il (presunto) ulteriore sviluppo dell'esercito («USEs») è stata valutata ampiamente e in maniera critica e costruttiva in «Pro Militia» nonché nelle consultazioni ufficiali e in numerose pubblicazioni.

Tuttavia un ampio dibattito pubblico sullo spazio di sicurezza Svizzera non ha (ancora) avuto luogo – nemmeno durante il periodo a disposizione per il referendum, dal 29 marzo al 7 luglio 2016. Ciononostante, circa 45 000 cittadine e cittadini aventi diritto di voto hanno sostenuto con la loro firma il «Comitato civico Per la nostra sicurezza – NO al dimezzamento dell'esercito». Il comitato era sostenuto dal Gruppo Giardino, notoriamente favorevole all'esercito.

Qui di seguito sono ricordati i principali punti controversi dell'«USEs». In un prossimo futuro, tali punti saranno nuovamente oggetto di discussione, al più tardi in occasione di un impiego permanente dell'esercito per la protezione di opere e dei confini (cfr. anche «Pro Militia» 1/2016 del 22 febbraio 2016 e 2/2016 del 23 maggio 2016).

Confusione nei concetti

Si attribuisce al filosofo cinese Confucio l'affermazione secondo cui la confusione nelle parole genera confusione nei concetti, la quale genera a sua volta confusione nella riflessione. Gli spin doctors del DDPS hanno coniato da tempo l'ingannevole espressione «ulteriore sviluppo dell'esercito» e l'infelice abbreviazione «USEs». Questa espressione suggerisce che l'esercito sarà davvero «ulteriormente sviluppato», e che al riguardo è necessario modificare le basi legali.

Ciò non corrisponde al vero sotto tre aspetti. In primo luogo, gli auspicati miglioramenti a livello di

istruzione (quadri), equipaggiamento (completezza) e prontezza (mobilitazione) sono una correzione parziale delle lacune della riforma Esercito XXI, sostanzialmente fallita, e quindi un ritorno a quanto aveva dato buone prove in Esercito 61.

In secondo luogo, queste misure, non contestate, avrebbero potuto e dovuto essere realizzate da molto tempo e senza lunghe e complicate modifiche delle basi legali.

In terzo luogo, nel caso di un dimezzamento di fatto dell'effettivo regolamentare dell'esercito non si può certo parlare di un «ulteriore sviluppo»! A maggior ragione se si considera il possibile rapido aggravamento della minaccia per la sicurezza interna che impone di appoggiare le autorità cantonali – in particolare la polizia – e il Corpo delle guardie di confine nel quadro di avvicendamenti che richiedono la disponibilità di molto personale.

L'irritante termine «dimezzamento»

I fautori della quarta riforma dell'esercito degli ultimi 25 anni contestano che l'«USEs» rappresenti un dimezzamento dell'esercito e fanno ogni sorta di acrobazie aritmetiche con effettivi teorici. La drastica riduzione dell'esercito è però comprovata da numerosi documenti ufficiali, anzitutto dal «Messaggio (del Consiglio federale) concernente la modifica delle basi legali per l'ulteriore sviluppo dell'esercito» del 3 settembre 2014 (14.069): «Un effettivo regolamentare di 100 000 militari rappresenta un dimezzamento rispetto allo stato attuale; 20 anni or sono l'effettivo regolamentare ammontava ancora a oltre 600 000 militari.»

Compatibilità con il principio di milizia?

«La Svizzera ha un esercito. L'esercito svizzero è organizzato fondamentalmente secondo il principio di milizia», recita l'articolo 58 della Costituzione federale. Un esame approfondito della questione della compatibilità dell'«USEs» con il principio di milizia è stato per quanto possibile evitato – si tratta di un tema tabù. Anche in questo caso, il DDPS (non) ha informato selettivamente, per esempio in seno agli organi consultivi dell'«USEs».

Il rispetto del principio di milizia può essere, tra l'altro, misurato sulla base della quota di ufficiali di milizia con funzione di comandante. Da un documento del DDPS del 31 marzo 2016 risulta che, con l'«USEs», i comandanti dei circa 100 corpi di truppa (battaglioni ecc.) previsti saranno per il 60% ufficiali di milizia e per il 40% ufficiali di professione. Oggi i corpi di truppa sono 170 e quindi la quota di ufficiali di milizia, e di conseguenza il loro influsso, è molto maggiore. Basta un semplice calcolo!

Heinrich L. Wirz,

L'«armadio dei veleni» del capo del DDPS

Il consigliere federale Guy Parmelin è il quarto capo del DDPS consecutivo che proveniente dall'UDC, la quale deve pertanto assumersi una responsabilità particolare dello stato attuale della difesa militare svizzera. Parmelin ha dovuto ereditare dal suo sfortunato predecessore un «armadio dei veleni» con progetti dal possibile effetto altamente dirompente, tra cui: Difesa terra-aria 2020 (DTA 2020); obbligo di prestare servizio/rifiuto dell'obbligo di prestare servizio militare; finanziamento dell'esercito; acquisto di nuovi aviogetti da combattimento; «struttura di vertice»/capo dell'esercito; residui di crediti; istruzione operativa; concetto relativo agli stazionamenti e, naturalmente, proprio l'«USEs».

Nel caso del progetto DTA 2020 aveva ancora una certa libertà d'azione e ha sospeso il progetto. Per quanto riguarda l'«USEs», invece, egli è vincolato sotto il profilo politico e nella sua lettera ai collaboratori del 7 luglio 2016 afferma di aver preso atto con soddisfazione che il referendum non è riuscito. Perché «soddisfazione»? Una votazione popolare non sarebbe stata in effetti un'opportunità per lui, per il Consiglio federale, per l'esercito e per il radicamento democratico di quest'ultimo?

Disorganizzazione

L'organizzazione di condotta centralistica dell'esercito (e del DDPS), la cosiddetta «struttura di vertice», non idonea sotto molti aspetti, è ora disciplinata, come l'effettivo regolamentare insufficiente, nell'ordinanza dell'Assemblea federale sull'organizzazione dell'esercito (OEs).

L'OE contempla, tra l'altro, la funzione (sempre ancora) superflua di capo dell'esercito, un altrettanto non necessario Comando Supporto, un ulteriore declassamento e smembramento delle Forze aeree, lo scioglimento di tutte le 6 brigate di fanteria (e di fanteria di montagna), come pure di una settantina di battaglioni/gruppi. Inoltre, si rinuncia a una riserva, il Personale dell'esercito viene subordinato in modo erroneo, l'istruzione operativa è inesistente e al Consiglio federale vengono attribuite competenze organizzative eccessivamente estese.

La nota versione ufficiale

Nella lettera citata, il capo del DDPS ripete la versione ufficiale, concepita dagli spin doctors dipartimentali e nota da lungo tempo, la quale, anche se ripetuta costantemente, non diventa per questo vera. «L'USEs si fonda su basi attuali ed è il risultato di un'ampia discussione in materia di politica di sicurezza. Esso poggia sul Rapporto sulla politica di sicurezza 2010 e il Rapporto sull'esercito 2010, sulle valutazioni da parte dei servizi informazioni nonché sul progetto del

Rapporto sulla politica di sicurezza 2016.» Aggiunge inoltre che tutto ciò è «a favore di un esercito in grado di proteggere meglio il nostro Paese, di appoggiare in modo più rapido e mirato le autorità civili e di partecipare maggiormente al movimento della pace.» Purtroppo i rapporti in questione sono superati e la «migliore protezione» è mera retorica.

«Ora si tratta di concretizzare le intenzioni del Parlamento e del Consiglio federale», si legge ancora nella lettera. «Tutto ciò e molto di più deve essere realizzato a partire dal 2018 per l'esercito con un effettivo di 100 000 militari e concluso in massima parte nel 2021». L'«USEs» è e rimane, tuttavia, una «missione impossibile».

In sintesi

Sulla base di rapporti ormai obsoleti del 2010 (politica di sicurezza ed esercito), e malgrado la crescente minaccia, soprattutto per la sicurezza interna, il Parlamento decide per gli anni 2018-2021 la quarta riduzione consecutiva dell'esercito degli ultimi 25 anni. L'effettivo regolamentare di militari e quindi, in particolare, il numero degli ufficiali e dei sottufficiali viene praticamente ridotto alla metà. Le premature direttive di riduzione del personale, del materiale, delle costruzioni, delle finanze e dell'organizzazione di condotta e delle truppe, compresa l'ingannevole versione ufficiale relativa all'«USEs», provengono originariamente da un piccolo nucleo internazionalista nella sfera di influenza del DDPS. Un ampio dibattito pubblico viene evitato e, in seno al DDPS, addirittura soffocato, a cominciare dalla questione della costituzionalità e della compatibilità del progetto con il principio di milizia. Gli ufficiali di professione vengono indotti ad allinearsi e in caso di critiche all'«USEs» rischiano la promozione. Il DDPS istituisce organi consultivi che non hanno praticamente nulla da dire, poiché quasi tutto è già predefinito. Nemmeno le consultazioni e le audizioni di specialisti militari riconosciuti e sperimentati determinano cambiamenti sostanziali di ostinate opinioni preconcette. Il know-how strategico-militare e le conoscenze (a livello di stato maggiore generale) relative all'Esercito XXI realmente esistente e alle organizzazioni militari che lo hanno preceduto non sono praticamente più presenti in Parlamento oppure non emergono più a livello politico. Il «Decreto federale del 7 marzo 2016 che stabilisce un limite di spesa per l'esercito negli anni 2017-2020» pari a 20 miliardi di franchi rimarrà una candida illusione – così come il decreto del 29 settembre 2011 per un limite di spesa annuo di 5 miliardi di franchi a partire dal 2014 è da allora pura carta straccia. In conclusione: «C'est pire qu'un crime, c'est une bêtise» (Joseph Fouché, ministro della polizia di Napoleone Bonaparte).

Decisione popolare chiarificatrice

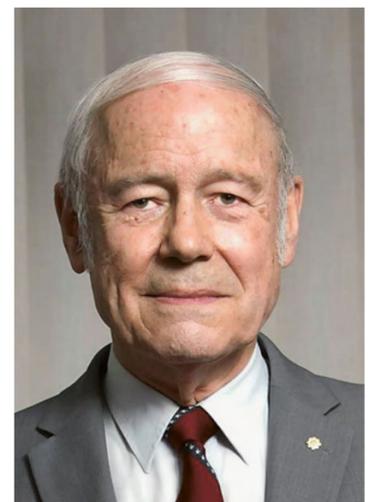
Stranamente, l'obsoleto progetto di riduzione «USEs» è sostenuto dai vertici delle società e associazioni militari di milizia. Esse dipendono tuttavia in parte dal DDPS e ostacolano il referendum. Il referendum viene però lanciato da un piccolo gruppo di cittadine e cittadini risoluti. Non è sostenuto da alcun partito o gruppo politico noto ed è praticamente ignorato dai media, a cominciare dalla NZZ.

Ciononostante, il referendum è firmato da un numero di cittadine e di cittadini corrispondente a quasi la metà dell'effettivo regolamentare dell'esercito previsto dal progetto «USEs». Lanciato sul momento e inizialmente privo di risorse umane e di personale, il referendum non riesce a causa di molteplici circostanze avverse. Di conseguenza, a questa riforma mancherà sia la legittimazione democratica della base sia una decisione popolare chiarificatrice sulla sua dubbia costituzionalità – una macchia a livello di politica istituzionale. *Affaire à suivre!*

Heinrich L. Wirz

La stupidità dei governi non dovrebbe mai essere sottovalutata.
Helmut Schmidt (1918-2015), cancelliere tedesco 1974-1982.

Non facciamoci illusioni: la corruzione è presente ovunque, anche in Svizzera. Peggio della corruzione del denaro è la corruzione intellettuale, l'opportunismo. Questa mentalità è un segno di decadenza.
Franz Blankart, diplomatico svizzero in campo economico 1965-1998.



Heinrich L. Wirz, colonnello a riposo con ultima incorporazione nella frazione dello Stato maggiore dell'esercito dell'istruzione operativa, pubblicista militare AGS/RP e autore di pubblicazioni storico-militari, ex caporedattore di Pro Militia

suite de la page 2

Celui-ci a été porté par un groupe restreint mais très motivé de citoyens et de citoyens – aucun parti ni groupement politique ne l'a soutenu, sans parler du silence étourdissant des médias, en commençant par la NZZ. Constatons en dépit de tout cela qu'un nombre de signatures proche de l'effectif réglementaire de l'armée «réformée» a pu être atteint. Ce referendum parti de la base et sans vraie préparation ni moyens en personnel ou financiers suffisants a échoué du fait de circonstances particulièrement défavorables.

La Réforme DEVA n'a pu ainsi être légitimée par un choix démocratique et une décision populaire clarifiant la situation. Sa conformité avec la Constitution fédérale manque ainsi cruellement – quelle conception de l'Etat. *Affaire à suivre!*

Truppenbesuch Pro Militia 2016 bei Swissint in Stans

Bei herrlichem Wetter durfte Simon Küchler, Präsident i.V. von Pro Militia am 9. März eine stattliche Anzahl Mitglieder, Freunde und Sympathisanten unserer Vereinigung zum diesjährigen Truppenbesuch willkommen heissen.

Der Kommandant des Kompetenzzentrums Swissint, Oberst i GSt Fredy Keller zeigte in seinem spannenden Referat eindrücklich auf, wie sich Swissint mit einem bescheidenen Budget von nur 1.4 Prozent der Militärausgaben des Bundes in zahlreichen Missionen in Europa, Afrika und Asien für den Erhalt und die Förderung des Friedens engagiert. Ein Auslandengagement von Schweizer Soldaten setzt das Mandat einer internationalen Organisation (UNO oder OSZE) voraus. Swissint ist für Ihre Missionen im Übrigen auf Freiwillige angewiesen. In diesem Zusammenhang wies Oberst Keller u.a. darauf hin, wie anspruchsvoll und aufwändig die Rekrutierung ausfällt. Ein deutliches Statement gegen utopische Hirngespinnste, die Schweizer Armee in eine Freiwilligentruppe umzuwandeln. Danach folgten die zahlreich erschienenen

Freunde von Pro Militia gebannt den eindrücklichen Ausführungen von Oberst i GSt Markus Schmid zur Ausbildungsphilosophie von Swissint. Dabei kam schon Vorfremde auf den Nachmittag auf, sollten die Mitglieder von Pro Militia dann doch im Feld hautnah miterleben, was ihnen am Vormittag erläutert wurde. Beim Mittagessen diskutierten die Teilnehmer die vielfältigen Informationen und Eindrücke intensiv. Schon bald hiess es indes Abmarsch zu den verschiedenen Ausbildungsplätzen, wo die Teilnehmenden des aktuellen Lehrgangs – darunter etwa 15 Prozent Frauen – mit realistischen Szenarien auf ihre anspruchsvollen Aufgaben vorbereitet werden. Zum Abschluss des Truppenbesuchs fanden sich alle Teilnehmer wieder bei der Kaserne Stans ein, wo Simon Küchler sich im Namen aller Anwesenden bei Oberst Schmid herzlich für die Einladung nach Stans bedankte. Um viele Eindrücke reicher machten sich die Mitglieder von Pro Militia auf den Heimweg!

Fotos: Soldat Ines Schöne und Manni Meier
Text und Interview: Red.



SWISSCOY-Soldaten üben auch, wie sie sich zum Selbstschutz gegenüber Demonstranten zu verhalten haben.

Interview mit Wachtmeister Müller und Oberleutnant Matter, Teilnehmer am Swissint-Ausbildungskurs

Wachtmeister (Wm) Miranda Müller und Oberleutnant (Oblt) Roger Matter nahmen beide am Ausbildungskurs des Frühjahres 2016 von Swissint teil. Oblt Matter geht danach für ein halbes Jahr zur Swisscoy im Kosovo, während Wm Müller als Teil eines so genannten «Liaison and Observation Team» (Verbindungs- und Beobachtungsteams) der europäischen EUFOR in Bosnien-Herzegowina zum Einsatz gelangt. Beide standen Pro Militia Red und Antwort.

Warum haben Sie sich bei Swissint für einen Einsatz beworben?

Wm Müller: Ich schloss die Fachmittelschule Gesundheit ab und absolvierte als Frau freiwillig Militärdienst. Weil ich mich gerne für andere Menschen einsetze und etwas Sinnvolles für die Gesellschaft leisten will, engagiere ich mich bei Swissint. Oblt Matter: Ich möchte in einem Krisengebiet Hilfe leisten. Ich bin überzeugt, dass mich diese Lebenserfahrung ausserhalb der behüteten Schweiz als Persönlich-

keit weiter entwickeln wird. Zudem kann ich im Kosovo über längere Zeit in einem komplexen Umfeld Führungserfahrung sammeln. Bereits das hohe Level der Ausbildung bei der Swissint hat mir selber sehr viel gebracht.

Ihre Erwartungen an den Einsatz?

Oblt Matter: Den Fokus werde ich klar auf meine Aufgaben legen. Daneben freue ich mich auf die Kameradschaft mit anderen Swisscoy-Mitgliedern.

Wm Müller: Ich erwarte mir vor Ort ein gutes Team, damit man gemeinsam einer erfüllenden Tätigkeit nachgehen kann. Für mich selbst Lebenserfahrung, die mich persönlich weiter bringt. Und zudem die Möglichkeit, das während der ausgezeichneten Ausbildung hier in Stans Gelernte in der Praxis umzusetzen.

Wie reagierte Ihr privates Umfeld auf Ihre Absicht, sich zur Swisscoy zu melden?

Wm Müller: Zunächst eher skeptisch bis ablehnend. Aber als mein Umfeld sah, dass es mir ernst war, wurde mein Entscheid akzeptiert. Es ist schliesslich mein Leben und ich möchte dieses so gestalten, wie ich will.

Oblt Matter: Meine Familie hat meinen Entschluss sehr positiv aufgenommen, auch wenn sie jetzt schon merken, dass sie mich während meiner Abwesenheit vermissen werden.



Oblt Matter im Interview



Wm Müller bei der Ausbildung

Randbemerkung

Selbstherrlichkeit als sicherheitspolitische Maxime

Zur Vernehmlassung zum Entwurf des Sicherheitspolitischen Berichtes (Sipol-B) vom 11. November 2015 hat das VBS am 28. April 2016 einen Ergebnisbericht publiziert. Fazit der VBS-Beauftragten: Der vorliegende Berichtsentwurf habe mehrheitlich Zustimmung gefunden. Herr Catrina hat damit sich und seinen Mitverfassern Beifall gespendet für ein Produkt, das von unsystematischen Wiederholungen nur so strotzt. Diese «Zustimmung» wird auf rein arithmetischer Basis ermittelt. Von den insgesamt eingegangenen 54 Stellungnahmen stammen 27 zustimmende (genau die Hälfte) von den Kantonen und von Regierungskonferenzen. Diese Vernehmlassungen sind mit Vorsicht zu geniessen, denn schliesslich hackt keine Krähe hackt einer

anderen ein Auge aus, wie das Sprichwort trefflich festhält. Von den bürgerlichen Parteien haben nur den CVP und die BDP dem Entwurf zugestimmt. Grundsätzlich dagegen sind dagegen die FDP, Junge SVP und die SVP. Ebenso die AUNS, die Landeskonferenz der militärischen Dachverbände, die Pro Militia, der Schweizerische Gewerbeverband und die Schweizerische Offiziersgesellschaft. All diese Organisationen, mehrheitlich mit einem überdurchschnittlichen Know-how betreffend Sicherheitspolitik versehen, sind für Catrina & Co. eine Quantité négligeable. Der Schweizerische Gewerbeverband hält am 18. Mai 2016 ziemlich verärgert und unmissverständlich fest, das VBS sei «kritikunfähig». Und weiter: «Ein Departement, das sich nicht der Kritik stellt, erfüllt seinen demokratischen Auftrag nicht. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv kritisierte den Sipol-B scharf.

Er [der Sipol-B] dient dazu, die Weiterentwicklung der Armee WEA, den dafür vorgesehenen Zahlungsrahmen sowie das Nachrichtendienstgesetz NDG im Nachhinein zu rechtfertigen. Dass die Kritik am Sicherheitspolitischen Bericht ignoriert und mit keinem Wort erwähnt wird, ist für den sgv inakzeptabel». Was wollen Catrina und seine Mit-Drahtzieher im VBS eigentlich erreichen? Die «Basler Liberalen Nachrichten» zitieren ihn in einem Artikel vom 13. März 2016: «Wenn die Schweiz nicht in die NATO will, bringe ich die NATO in die Schweiz», so Catrina kurz und bündig. Die Frage sei erlaubt: Wie lange noch duldet die politisch Verantwortlichen, dass der Fouriergehilfe Catrina unsere Sicherheitspolitik nach seinem Gutdünken gestaltet? Diese Frage beschäftigt viele besorgte Bürger, auch den

Argus.

Stabübergabe bei Pro Militia

Hermann Graf übernimmt das Präsidium von Simon Küchler.

Der Leitende Ausschuss hat an seiner letzten Sitzung Oberst aD Hermann Graf zum neuen Präsidenten von Pro Militia gewählt und freut sich sehr auf die Zusammenarbeit mit dem beliebten und hochgeschätzten Milizoffizier.

Graf ist verheiratet und wohnt in Pfäffikon/SZ. Beruflich war er bei verschiedenen Banken tätig, zuletzt als Vorsitzender der Bankleitung einer Regionalbank. Als begeisterter „Gelber“ begann seine militärische Karriere in einem Panzerbataillon, bevor er zur Einführung des Schützenpanzers Piranha Kommandant eines Infanteriebataillons wurde. Zuletzt war Graf als Oberst Kommandant eines Mobilmachungsplatzes. In seiner Freizeit ist Hermi Graf Trucker aus Freude und Leidenschaft und kurvt gerne auch mal mit einem 40-Tonner durch die Gegend. Graf tritt die Nachfolge von Simon Küchler an, der Pro Mi-

litia die letzten vier Jahre mit grossem Engagement und hohem Sachverstand geführt hat. Der kritische Denker Küchler wird Pro Militia auch in Zukunft eng verbunden bleiben. Der Leitende Ausschuss bedankt sich bei Simon Küchler für seinen unermüdbaren Einsatz zugunsten einer glaubwürdigen Milizarmee und freut sich sehr auf viele weitere gemeinsame Aktivitäten.

Red.



Hermann Graf

Interview mit Arthur Loepfe zum Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem

Am 1. Mai 2014 setzte der damalige Chef des VBS, Bundesrat Ueli Maurer eine Studiengruppe Dienstpflichtsystem ein. Der Auftrag der Studiengruppe bestand darin, eine Gesamtsicht des Schweizer Dienstpflichtsystems vorzunehmen und Empfehlungen betreffend allfällige Anpassungen auszusprechen. Die Studiengruppe tagte unter Leitung von alt Nationalrat Arthur Loepfe (CVP, AI) und verfasste einen Bericht, der vom Bundesrat Anfang Juli 2016 publiziert wurde. Arthur Loepfe ist Mitglied des Patronatskomitee von Pro Militia und stand «Pro Militia» für dieses exklusive Interview zur Verfügung, wofür ihm die Redaktion herzlich dankt.

Was ist für Sie, Herr Loepfe, die Kernaussage des Berichts der Studiengruppe an Bundesrat und Parlament?

Arthur Loepfe: Für die Studiengruppe steht der Bedarf der Einsatzorganisationen an Dienstpflichtigen in quantitativer und qualitativer Hinsicht im Zentrum. Eine Beschäftigung von Bürgern ohne Bedarf ist nicht sinnvoll und droht auch das Zwangsarbeitsverbot zu verletzen. Wenn die für die Armee und den Zivilschutz nötigen männlichen Spezialitäten nicht mehr rekrutiert werden können, ist eine berufsspezifische oder grundsätzliche Dienstpflicht für Frauen zu prüfen. Es ist ein neues Verständnis der Wehrgerechtigkeit nötig: Wer nicht persönlich Dienst leisten kann oder muss, zahlt einen angemessenen Wehrpflichtersatz.

Zunehmend wird kritisiert, dass die Wehrgerechtigkeit in der Schweiz nicht mehr gegeben sei. Was sagen Sie dazu?

Der Bundesrat hat die Wehrgerechtigkeit definiert aber auch auf eine mögliche Neubeurteilung im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Die Tauglichkeit wird zuweilen als zu tief kritisiert. Dabei wird der Gesundheitszustand der jungen Männer überschätzt. Psychische und soziale Anspannungsstörungen beeinflussen die Tauglichkeit und die Ausfallquote heute

wesentlich stärker als früher, wobei die psychische Belastung nicht objektivierbar ist. Die Studiengruppe hat keine gravierende Vollzugsmängel und keinen systematischen Missbrauch feststellen können.

Warum empfiehlt die Studiengruppe zur Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems das «norwegische Modell»? Widerspricht dieses Modell nicht der EMRK?

Von den vier erarbeiteten Modellen entspricht das norwegische Modell den Zielen der Studiengruppe am besten. Es ist konsequent auf den quantitativen und qualitativen Bedarf der Einsatzorganisationen aus-



Arthur Loepfe, alt Nationalrat AI, Mitglied Pro Militia.

gerichtet. Wenn Spezialisten fehlen, kann das Potential der Frauen einbezogen werden. In Anbetracht des laufend steigenden Anteils der Frauen an den Hochschulabschlüssen gewinnt dies zunehmend an Bedeutung. Im Gegensatz zur «Allgemeinen Dienstpflicht» steht das norwegische Modell zudem nicht im Gegensatz zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Welche konkreten, nächsten Schritte erhoffen Sie sich vom Bericht?

Der Bundesrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen und die interessierten Kreise aufgefordert, anhand des Berichts über das künftige Dienstpflichtsystem zu diskutieren. Gemäss Medienmitteilung des Bundesrates vom 06.07.2016 werden die im Bericht dargelegten Empfehlungen durch die Departemente VBS und WBV gemeinsam ausgewertet. Anschliessend sollen die beiden Departemente dem Bundesrat Massnahmen zum weiteren Vorgehen unterbreiten. Ich hoffe, dass der Bericht interessierten Parlamentariern, Verbänden und Organisationen eine fundierte Grundlage für die sachliche Diskussion des Dienstpflichtsystems bietet und politische Vorstösse zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems unterstützt.

Red.

Che cosa vuole Pro Militia?

Pro Militia è un'associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero nonché di cittadine e cittadini che, conformemente all'articolo 6 della Costituzione federale, intendono contribuire "alla realizzazione dei compiti dello Stato e della Società". Si impegna a favore della sicurezza esterna e interna del nostro Paese e quindi a favore di un esercito di milizia conforme alla Costituzione, adeguato alle minacce, credibile e opportunamente finanziato. Tra gli scopi principali dell'associazione vi è la pubblicazione dell'omonimo giornale, indipendente e trilingue.

Was will Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur „Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft“ beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Hauptzweck der Vereinigung ist die Herausgabe der gleichnamigen, dreisprachigen und unabhängigen Zeitung.

Que veut Pro Militia?

Pro Militia est une association regroupant des militaires anciennement ou présentement incorporés dans l'armée ainsi que des citoyennes et des citoyens, tous soucieux de contribuer selon leurs forces à l'accomplissement des tâches de l'Etat et de la société comme stipulé à l'article 6 de la Constitution fédérale. Les uns et les autres s'engagent en faveur de la

daktor stellte er seine reiche Erfahrung unserer Organisation, der Pro Militia, zur Verfügung und war deren eigentlicher militärischer Sachberater. Zum Dank wurde er veredelterweise Ehrenmitglied unserer Organisation. Im Jahre 2002 wechselten die Rollen. Er fragte mich an, ob ich in der Pro Militia seine Funktion übernehmen möchte. Ich stimmte zu – im vollen Bewusstsein, dass Pro Militia mit der Entwicklung der Armee XXI zunehmend dem VBS gegenüber kritisch sein musste, was Frank A. Seethaler mit seiner tief verwurzelten Loyalität vermutlich Mühe bereitet hätte. Lieber Frank, wir schauen voller Bewunderung und Dankbarkeit zurück auf Dein reich erfülltes Leben und Dein vorbildliches und unermüdliches Wirken zu Gunsten unserer Armee und für ein sicheres Heimatland.

Simon Kuchler, Korpskommandant aD.



Frank A. Seethaler, Foto. ZVG.



VICTORINOX



SWISS ARMY KNIVES



CUTLERY



WATCHES



TRAVEL GEAR



APPAREL



FRAGRANCES

MULTIFUNKTIONALITÄT LIEGT BEI UNS IN DER FAMILIE

SHOP ONLINE AT VICTORINOX.COM

MAKERS OF THE ORIGINAL SWISS ARMY KNIFE | ESTABLISHED 1884

Pro Militia : Sezione della Svizzera italiana SSI

La sezione della Svizzera italiana di Pro Militia in assemblea a Camorino – «L'effettivo dell'esercito non si tocca»

Si è tenuta lo scorso 16 aprile 2016 l'assemblea ordinaria della sezione della Svizzera italiana (SSI) di Pro Militia.

Oltre a rilevare le difficoltà nel reclutamento di nuovi soci, durante l'incontro sono stati affrontati alcuni temi sensibili. Tra questi la nuova riforma dell'esercito (che prevede un dimezzamento degli effettivi), definita inaccettabile dal Presidente centrale, comandante di corpo Simon Kuchler. Per Kuchler i problemi del nostro esercito non stanno al suo interno, ma sono unicamente problemi politici. Mancano infatti i contributi finanziari per il mantenimento di un armamento credibile e per la manutenzione delle strutture. La cinquan-

tina di soci presenti ha approvato all'unanimità tutti i punti all'ordine del giorno. Durante le nomine statutarie è stato rieletto alla carica di Presidente l'aiutante sottufficiale Angelo Polli, mentre il comitato è stato confermato all'unanimità. Nel corso dell'assemblea Remo Lardi ha ricordato alcuni camerati recentemente scomparsi; il colonnello Arnoldo Moriggia, già comandante del Corpo guardie dei forti, il maggiore Enrico Besomi già comandante del Gruppo Fortezza 9 e Elio Borradori già membro di comitato di Pro Militia. Durante l'assemblea è stato ribadito lo scopo di Pro Militia – Riunire tutti militari (donne e uomini) d'ogni grado dei corpi di truppa e dei servizi dell'esercito, provenienti da tutte le regioni lin-

guistiche del nostro paese. Sostenere il nostro esercito, opportunamente istruito ed equipaggiato, capace di affrontare tutti i compiti di sicurezza del paese. Difendere gli interessi dei militari, curare e promuovere il cameratismo. Informare i propri soci e l'opinione pubblica, tramite il periodico «Pro Militia» o con prese di posizione o altri interventi. Durante la giornata sono state consegnate le medaglie relative al tiro del veterano 2015, mentre il tiro sociale 2016 si terrà il 1° sabato di settembre in collaborazione con il Circolo ufficiali di Locarno e l'ASSU del Locarnese.

Giorgio Piona.



Membri del comitato della SSI e della sottosezione Grigioni italiano.

«Vor der Entscheidung» – Beiträge zur europapolitischen Debatte in der Schweiz

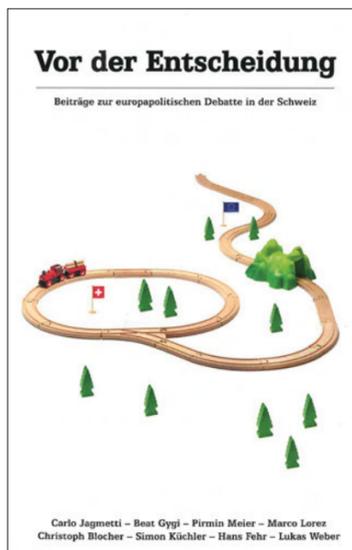
Alle Zeichen deuten darauf hin, dass sich das Schweizervolk demnächst in einer Volksabstimmung grundsätzlich zur weiteren Beziehung der Schweiz zur EU zu äussern haben wird.

Die dabei zu klärende Frage lautet: Wie hoch ist der politisch-institutionelle Preis, den die Schweiz für die Beibehaltung der Verträge mit der EU zu zahlen bereit ist? Zu dieser Debatte liefern die Autoren der Denkschrift «Vor der Entscheidung» interessante Denkanstösse; bemüht um eine objektive, parteiübergreifende Darstellung der aktuellen Fragestellungen rund um den Diskurs Schweiz – EU. Das Sachbuch behandelt dabei ausgewählte, nach Ansicht der Verfasser zentrale Aspekte des Verhältnisses der Schweiz zur EU. «Vor der Entscheidung» ist keine Kampfschrift sein. Vielmehr begegnen die Autoren den bundesrätlichen Plänen betreffend Einbindung der Schweiz in die Strukturen der EU mit ange-

messener Skepsis und stellen Fragen, ohne einer endgültigen Antwort vorgreifen zu wollen. Die Autoren verfolgen die Absicht, dem Leser mit ihren Beiträgen eine Orientierungshilfe für die europapolitische Debatte in der Schweiz und

zu den bevorstehenden politischen Entscheidungen zu liefern. Zu den Autoren zählen mit Carlo Jagmetti und Simon Kuchler auch zwei verdiente, überaus aktive Mitglieder von Pro Militia.

Red.



Carlo Jagmetti, Beat Gygi, Pirmin Meier, Marco Lorez, Christoph Blocher, Simon Kuchler, Hans Fehr, Lukas Weber: Vor der Entscheidung – Beiträge zur europapolitischen Debatte in der Schweiz

94 Seiten, Taschenbuch, Softcover, 2016.
Swibo.ch by Zumsteg Druck AG Untere Grubenstrasse 1, 5070 Frick.
Bestellung via E-Mail: mail@zumsteg-druck.ch, resp. via Telefon: 062 865 40 90.
ISBN 978-3-906112-58-9
Preis CHF 14.90

Verteidigung in Kooperation mit «Partnerstreitkräften» – keine Option für die Schweiz!

Rudolf P. Schaub, Oberstleutnant a D und Rechtsanwalt setzt sich seit Jahren kritisch mit den Entwicklungen rund um die Schweizerische Sicherheitspolitik auseinander.

Rudolf Schaub's lesenswerte, jüngste Studie demaskiert den fatalen sicherheitspolitischen Schlendrian von Bundesrat und Parlament. Schaub zeigt in seiner Schrift auf, welches gefährliche Spiel in diesem Zusammenhang eine kleine Clique von Internationalisten spielt: Diese möchten die Schweiz lieber schon heute als morgen in die NATO integrieren. Die Internationalisten haben sich im Zentrum des Verteidigungsdepartements VBS eingenistet und treiben von dort aus ihr Unwesen, weitgehend unbeachtet von der zumeist desinteressierten, gleichgültigen bürgerlichen Mehrheit im Parlament und unter faktischem Ausschluss der Öffentlichkeit. Weil diese Clique genau weiss, dass die Schweizer Bevölkerung einen NATO-Beitritt und die Abschaffung der Neutralität in einer Volksabstimmung nie akzeptieren würde, operiert

sie heimlich und heimtückisch, nach der bewährten EU-Salami-taktik, die Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin Spiegel vor Jahren einst wie folgt erklärte: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» Getreu der Devise ihrer Lehrmeister aus EU und NATO ist es den Internationalisten mit der Schaffung der «WEA-Schrumpfarmee» gelungen, die Preisgabe der Schweizer Neutralität in einem europäischen Kriegsfall zu besiegeln, ohne dass sich das Stimmvolk je dazu hätte äussern können. Rudolf Schaub erläutert in seiner brillanten Analyse, warum diese Machenschaften doppelt zum Scheitern verurteilt sein werden: «Einerseits ist die WEA-Luftschloss-Armee nicht in der Lage, das schweizerische Territorium autonom zu verteidigen. (...) Andererseits nützt es

nichts, wenn die Armee zur Kooperation mit anderen Streitkräften fähig ist, aber nicht damit gerechnet werden kann, dass diese mit der Schweizer Armee – wenn überhaupt – rechtzeitig und mit Dissuasionswirkung kooperieren werden.» Mitglieder und Freunde von Pro Militia können die Schrift von Rudolf Schaub gegen eine Schutzgebühr direkt beim Autor beziehen; alle weiteren Angaben unten.

Red.

Rudolf P. Schaub: Verteidigung der Schweiz in Kooperation mit westeuropäischen «Partnerstreitkräften» bzw. der NATO – Eine untaugliche Option! Zu den Illusionen der sicherheitspolitischen «Internationalisten» in der Schweiz
40 Seiten, broschiert. Bezug gegen eine Schutzgebühr von CHF 5.– beim Verfasser.
Rudolf P. Schaub, Lindenstrasse 6, 6340 Baar;
resp. via E-Mail: schaub@schaub-law.ch

Il brigadiere Eugenio Filippini, un «generale sui generis» – Ricordo

Per coloro, giovani tenenti che «pagavano il grado» alla Scuola reclute di fanteria di Bellinzona tra i quali chi scrive, era il «Geni».

Non che ci si rivolgesse a lui in questa forma, fosse solo per il fatto che portava i gradi di colonnello, ma nei discorsi privati non era mai il «comandante». Per noi rimase il «Geni» anche in seguito, quando il Consiglio federale nominò Eugenio Filippini, scomparso negli scorsi giorni, alla testa della allora Brigata di frontiera 9, una carica prestigiosa per uno come lui che veniva dalla gavetta, diventato istruttore militare dopo qualche anno passato come funzionario all'interno dell'Amministrazione delle dogane. Il ruolo del «travet» chiuso tutto il giorno in un ufficio non si addiceva a uno come lui e fu forse per questo, più che per egoistiche ambizioni, che scelse la via del grigioverde, strada che lo portò a mettere una stella (simbolo che ancora oggi spetta solo ai «generali») sulle sue spalline. Per chi l'ha conosciuto, a determinare quella decisione fu probabilmente più il richiamo della montagna che non quello del militare, anche se alla missione affidatagli dall'Armata fu sempre disciplinatamente fedele, fino a diventare comandante di una Grande Unità. Era allora l'epoca, a cavallo tra gli anni Sessanta ed i primi anni Novanta, dell'Esercito '61, pensato per dare una risposta alla minaccia (presunta o reale che fosse) del Patto di Varsavia. Ma, soprattutto, all'interno di quella organizzazione il massiccio alpino continuava a rivestire un ruolo essenziale nel concetto di difesa della Svizzera, un'idea che risaliva in gran parte al pensiero di Henri Guisan. Questa visione strategica si sposava appieno con le radici – leventinese patrizio di Airole ed orgoglioso di esserlo – e la personalità di Eugenio Filippini, in un tempo nel quale la fanteria di montagna era ancora tale e si muoveva prevalentemente a piedi, spesso e volentieri in altura. Per lui un ufficiale era tale quando dimostrava di saper resistere, fisicamente e psichicamente, anche in condizioni difficili in alta quota. Non cambiò mai questa sua visione, neppure quando fu promosso colonnello brigadiere e dopo, nel momento in cui sotto l'impulso dei tempi, l'esercito dovette rivedere le proprie visioni. Ma Filippini, in

questa fase era ormai a riposo. Più un montanaro che uno stratega, verrebbe da dire, non certo con una valenza negativa. Non a caso la figura del «Geni» si differenzia e non poco da quella di altri alti ufficiali ticinesi che ebbero l'onore di occupare posti di prestigio in quegli anni, da Enrico Franchini a Roberto Moccetti, divenuti entrambi comandanti di Corpo d'armata. Più un uomo da terreno, poco avvezzo alle frequentazioni dei posti comando delle Grandi Unità, cosa che non gli impedì peraltro di entrare a far parte dello Stato maggiore generale, ciò che implica comunque sapersi districare anche tra le «scartoffie» e prima ancora, con le teorie di alta tattica. Questa sua indole Eugenio Filippini l'aveva coltivata sin da giovane, prima come atleta e poi come dirigente sportivo, nello sci in particolare. Non è un caso se a lungo rivestì la carica di presidente della Federazione di sci della Svizzera italiana e di vicepresidente di quella nazionale in un periodo d'oro che in Ticino portò agli onori mondiali Doris De Agostini e Michela Figini. Fu ancora lui a dotare le guide alpine ticinesi di una struttura organizzativa volta a promuovere e tutelarne l'immagine. Per Eugenio Filippini la montagna era tutto. Lo dimostra un aneddoto vissuto di persona ormai diversi anni fa. Raggiunta la cima del Monte Gradiccioli in compagnia di un allora deputato in Gran Consiglio, di cui tralasciamo il nome, incontrammo l'ex brigadiere. Ahinoi: quel deputato da soldato era stato punito con qualche giorno di arresto proprio da Filippini che se ne ricordò, risolvendo il caso con una battuta: «È tutto in prescrizione – disse. Adesso siamo qui.» Seguì una amichevole stretta di mano tra i due. In montagna può capitare questo e altro.

Edy Bernasconi.



Eugenio Filippini, foto del 2002.

Buchempfehlungen

Roland Haudenschild und Heinrich L. Wirz

Operationsziel Schweiz: Angriffe und Angriffspläne gegen die Schweiz seit 1792 – Verteidigung und Verteidigungspläne der Schweiz seit 1792

In einem ersten Teil werden der Einmarsch der Franzosen 1798, der Russen und Österreicher 1799, die Angriffs- und Durchmarschpläne im 19. Jahrhundert, die Angriffspläne der Franzosen und Italiener im 1. Weltkrieg, die Angriffspläne der Italiener und Deutschen im 2. Weltkrieg sowie die Angriffsplanung im Kalten Krieg von 1944 bis 1989 dargestellt.



Matthias Kuster, Jürg Stüssi-Lauterburg, Hans Luginbühl, Wilfried Grab:

Operationsziel Schweiz Angriffe und Angriffspläne gegen die Schweiz seit 1792 – Verteidigung und Verteidigungspläne der Schweiz seit 1792 Pro Libertate, Zollikofen und Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2015.

für die Schweizer Armee schliessen die eindruckliche Darstellung ab. «Die Schweiz der vergangenen gut 200 Jahre war immer wieder das Ziel von ausländischen Operationsplänen, welche bis 1815 gelegentlich ausgeführt wurden.

im Gegenteil so, dass allein ein gültiges Geschick, ein Mindestmass militärischer Anstrengungen und eine insgesamt erfolgreiche eigene Politik dem Land den Frieden in der Freiheit bewahrt hat.»

Roland Haudenschild

An der Front und hinter der Front – Au front et à l'arrière

Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder – La Première Guerre mondiale et ses champs de bataille.

Der Erste Weltkrieg, La Grande Guerre, entwickelte sich vom anfänglich erwarteten kurzen Feldzug von einigen Wochen zu einem vierjährigen Völkerringen, in welches alle Weltmächte involviert wurden.

lands und Frankreichs»; «Vaterland zerstört. Armee zerrissen. Der Zusammenbruch der Donaumonarchie in der Erinnerung österreichisch-ungarischer Offiziere»; «Die schweizerische Armee als Akteurin und als Thema der Gesellschaftskultur zur Schweiz im Ersten Weltkrieg»;

Grundlage für diese Publikation war die Tagung «An der Front und hinter der Front: Der Erste Weltkrieg und seine militärischen und gesellschaftlichen Gefechtsfelder» vom 28. Februar und 1. März 2014 an der ETH Zürich.

Die Tagung hat nicht nur die Dynamiken an der Gefechts- und Ressourcenfront im Verlauf der Kriegsjahre thematisiert, sondern auch die davor und danach liegenden Entwicklungen einbezogen.

Roland Haudenschild

Registrieren, konfiszieren, entwaffnen, verhaften: Wie die nationalsozialistische Diktatur Juden und «Staatsfeinde» wehrlos machte

Stephen P. Halbrook, Rechtsanwalt und -Historiker sowie Buchautor mit Schwergewicht Waffenrecht, Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg und die Schweiz, schliesst mit seinem sorgfältig belegten und umfassenden Werk eine bisher klaffende geschichtliche Lücke.



Stephen P. Halbrook: Gun Control in the Third Reich Disarming the Jews and «Enemies of the State»

248 Seiten, 16 Abbildungen schwarz/weiss, Namens- und Sachregister, gebunden. The Independent Institute, Oakland (California, USA) 2013.

In der Folge chaotischer politischer und wirtschaftlicher Zustände nach dem Ersten Weltkrieg (1914-1918) hatte die Weimarer Republik 1928 ein umfassendes Waffengesetz eingeführt. Die Nationalsozialisten (NSDAP) verschärften die Rechtslage nach ihrer Machtübernahme 1933 unter ihrem Führer Adolf Hitler und nochmals 1938.

sprachige Ausgabe wurde in «Pro Militia» 1/2014 besprochen (hier auszugsweise wiederholt). Die deutschsprachige Übersetzung ist erschienen und die französischsprachige für September 2016 angekündigt.

Stephen P. Halbrook: Fatales Erbe – Hitlers Waffengesetze. Die legale Entwaffnung von Juden und «Staatsfeinden» im Dritten Reich

Vorwort von David Th. Schiller. 268 Seiten, 16 Abbildungen schwarz/weiss, Bibliographie, broschiert. Story Verlag, Berlin 2016.

Stephen P. Halbrook: Bas les armes! Le désarmement des Juifs et des «ennemis intérieurs» du IIIe Reich

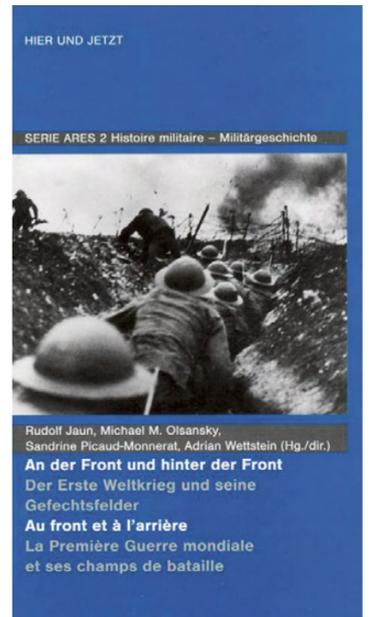
320 pages, 16 illustrations noir/blanc, broché. Editions Slatkine, Genève 2016.

Der dritte Abschnitt stellt den Wandel der Kampfführung dar: «Après l'offensive à outrance». Facteurs et processus de changement dans la doctrine et les pratiques de l'armée française au cours de la Première Guerre mondiale»;

Der vierte Abschnitt behandelt die Frage: Der Erste Weltkrieg – ein totaler Krieg? «When did the War become Total?»; «Die deutsche Armee – an der Heimatfront besiegt?».

Im fünften Abschnitt wird das Thema der «Kriegslehren» europäischer Armeen in der Nachkriegszeit untersucht: «Wie und was lernte das Militär in Deutschland aus dem Ersten Weltkrieg?»;

Der sechste Abschnitt befasst sich mit Kriegserinnerung. Manifestation des Gedankens: «Der Grosse Krieg in der Erinnerung Deutsch-



Rudolf Jaun, Michael M. Olsansky, Sandrine Picaud-Monnerat, Adrian Wettstein (Hg./dir.): An der Front und hinter der Front Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder

Au front et à l'arrière La Première Guerre mondiale et ses champs de bataille

Rudolf Jaun, Michael M. Olsansky, Sandrine Picaud-Monnerat, Adrian Wettstein (Hg./dir.): An der Front und hinter der Front Der Erste Weltkrieg und seine Gefechtsfelder

Au front et à l'arrière La Première Guerre mondiale et ses champs de bataille

Bürgerkomitee: Referendum nicht zustande gekommen: – Schwarzer Tag für die Schweiz, ihre Sicherheit und unsere Armee

Das Bürgerkomitee hat sein Ziel verfehlt, dem Schweizer Volk eine Referendumsabstimmung über seine Armee und deren demokratische Legitimierung zu ermöglichen. 44 603 Unterschriften wurden insgesamt von der Bundeskanzlei unglaubigt.

Das Bürgerkomitee dankt allen, die das Referendum mit Unterschriften und Geldspenden unterstützt haben, sehr herzlich für ihren staatsbürgerlichen Einsatz. Es ist darum gegangen, dem Schweizervolk basisdemokratisch zu ermöglichen, selbst über seine Armee und damit über den Sicherheitsraum Schweiz abzustimmen.

Keine Volksabstimmung über die vierte Armeeform innert 20 Jahren

Zu unserem allergrössten Bedauern haben wir die erforderlichen 50 000 beglaubigten Unterschriften bei Ablauf der Referendumsfrist von 100 Tagen am 7. Juli 2016 verfehlt. Daher wird die überfällige breite öffentliche Auseinandersetzung und eine Volksabstimmung über die vielfache Schwächung der Armee nicht stattfinden. Im geschichtlichen Rückblick ist aus heutiger Sicht festzuhalten, dass die Schweizer Armee nach 1870, 1914 und 1939 auch bei einem durchaus möglichen künftigen Ernstfall erneut nur zum Teil bereit sein würde.

Warum ist das Referendum nicht zustande gekommen? Lippenbekenntnisse?

Einerseits reichten unsere personellen Kräfte und deren politische Durchschlagskraft nicht aus. Andererseits unterstützten uns weder die sogenannten bürgerlichen Parteien, noch Gruppierungen, welche dau-

erd die Begriffe Freiheit, Sicherheit, Neutralität und Unabhängigkeit in den Mund nehmen. Auch das Komitee gegen einen allfälligen Rahmenvertrag mit der EU scheint den Zusammenhang mit einer verfassungsmässigen und glaubwürdigen Armee nicht begriffen zu haben.

Wer hatte Angst vor einem Volksentscheid gegen die Halbierung des Sollbestandes?

Mittels tatsächlicher Behauptungen riefen unter anderem die Schweizerische Offiziersgesellschaft oder der Schweizerische Schiesssportverband offen dazu auf, das Referendum zu boykottieren. Haben denn die abgehobenen Verbandsfunktionäre je ihre Mitgliederbasis über die «Schrumpfarmee» befragt? Offenbar wollte die «Classe politique» dem Stimmvolk die Wahrheit vorenthalten. Dabei schrieb der Bundesrat am 3. September 2014 selbst: «Mit 100 000 wird der Sollbestand gegenüber der bisherigen Armee halbiert; vor zwanzig Jahren lag er noch bei über 600 000.»

Seltames Demokratieverständnis und Fehl-auslegungen des Chefs der Armee

Unter dem dümmlichen Titel «WEA – wir machen Militär» wandte sich der Chef der Armee am 14. Juli 2016 an seine Mitarbeitenden. «Die Schweizerinnen und Schweizer wollen kein Referendum über die Weiterentwicklung der Armee (WEA).» Er sei dankbar für diese Unterstützung der Bevölkerung, «die damit die Position der Politik bekräftigt». Er erinnert an die deutlichen Resultate der Schlussabstimmungen vom 18. März 2016 im Parlament «und damit haben wir nun die demokra-

tische Legitimation für die WEA». Welch einfältiger Unsinn!

Kritik an behördlicher Unsicherheitspolitik und an der Vernachlässigung der Armee

Die Rückmeldungen der Unterschriftensammler zeigen die verbreitete sicherheitspolitische Unkenntnis unserer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, insbesondere der Bedrohungen, Gefahren und Risiken sowie der Armee-Aufgaben in der inneren Sicherheit. Die Sammler mussten von zur Unterschrift Angesprochenen grosse Kritik an der behördlichen Unsicherheitspolitik und an dem aus ihrer Sicht vernachlässigten Zustand der Armee entgegennehmen. Erstaunlich war, wie viele Frauen und Jüngere das Referendum unterschrieben.

Negative Auswirkungen der Änderungen von Militärgesetz und Armeeorganisation?

Neben den Stäben der 6 (Gebirgs-) Infanteriebrigaden werden von den heute rund 170 Bataillonen/Abteilungen deren rund 70 aufgelöst. Noch 17 Infanteriebataillone – nicht einmal mehr eines pro Kanton –, und etwa die Hälfte der Offiziere und Unteroffiziere bleiben übrig. Ein grosser Verlust an Humankapital, Tradition, Zusammengehörigkeit und Verankerung im Volk! Die Führungs- und Truppenorganisation der Armee wird bürokratisch-zentralistisch. Die Luftwaffe wird herabgestuft und zur Abwehr der überraschenden Gefahren aus der Luft untauglich gegliedert. Alles in allem: Ein drastischer Abbau von Armeepersonal (Sollbestand), Material (schwere Waffen) und Bauten (Festungen, Flugplätze, unterirdische Anlagen).

Warum wäre eine Volksabstimmung notwendig gewesen?

- Breite öffentliche Auseinandersetzung und demokratische Legitimation der Schweizerischen Sicherheitspolitik.
- Verhindern der Halbierung des Sollbestandes auf 100 000 Armeeinghörige.
- Vermeiden einer untauglichen militärischen Führungsorganisation der Armee.
- Verhindern einer Armeeform ohne Lösung des Problems der gesetzeswidrigen Militärdienstverweigerung.
- Verhindern des verhängnisvollen Stationierungskonzepts militärischer Anlagen.

Das Bürgerkomitee bedauert zutiefst, dass alle diese Schwachpunkte der Mitsprache des Stimmvolkes entzogen werden. Die Verursacher dieser verfehlten Armeeform, namentlich der Bundesrat, das von den so genannt bürgerlichen Parteien dominierte Parlament und das VBS werden sich ihrer Verantwortung für die gefährliche sicherheitspolitische Lage, in die sie die Schweiz durch die WEA-Schrumpfarmee bringen, zu stellen haben.

Was beabsichtigt das Bürgerkomitee im Nachgang zum Referendum? Das Bürgerkomitee sieht sich in der Pflicht gegenüber den rund 45 000 Personen, die das Referendum unterschrieben haben. Es beabsichtigt, zwei Vorhaben in die Wege zu leiten. Erstens, die Mängel und Schwächen der offiziellen Sicherheits- und Militärpolitik des Bundes und der Kantone weiterhin aufzudecken, und zwar ohne Rücksicht auf Personen und Parteien. Dabei wird sich das Bürgerkomitee zugunsten der eingeteilten und ins-

besondere der jungen Armeeeingehörigen verwenden. Es wird sich gegen die gesetzeswidrige Militärdienstverweigerung und gegen die grobfahrlässige Ausserbetriebnahme unterirdischer und oberirdischer militärischer Anlagen einsetzen. Zweitens will das Bürgerkomitee die erfolgte Militärgesetzrevision mit der damit verbundenen angeblichen Weiterentwicklung der Armee mitsamt ihren Verantwortlichen genau dokumentieren. Damit soll eine Unterlassung bei der Reform «Armee XXI» und beim sogenannten Entwicklungsschritt 2008/11 vermieden werden.

*Namens des Bürgerkomitees Für unsere Sicherheit – Nein zur Halbierung der Armee:
Willi Vollenweider
und Martin Fricker*

Stationierungskonzept

Das Stationierungskonzept wurde in der Debatte über die WEA-Schrumpfarmee von der Behördenpropaganda weitgehend totgeschwiegen. Dies mit gutem Grund, sieht es doch einen massiven Abbau und damit Verlust der Kampfinfrastruktur vor. Unter anderem wird die WEA-Schrumpfarmee noch über zwei Kriegsflugplätze verfügen: Damit wird die Luftwaffe in Zukunft bei schlechtem Wetter nicht mehr einsatzfähig sein! Darüber hinaus ist das Abbauprogramm auch eine gigantische Aktion zur Vernichtung von Steuergeldern. Die einst für teures Geld gebauten Infrastrukturanlagen werden nun mit weiteren Steuergeldern rückgebaut (das heisst zerstört) und gehen damit unwiederbringlich verloren.

Werden Sie Mitglied von Pro Militia! Devenez membre de Pro Militia! Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia
Postfach/case postale 369; 3000 Bern 14
Konto/Conto Credit Suisse AG, 8070 Zürich
IBAN: CH 89 0483 5099 9136 2100 0

Jahresbeitrag Fr. 25.–/cotisation annuelle Fr. 25.–

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p.f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–

Impressum

26. Jahrgang/26^e année/
26^e anno

Erscheint vierteljährlich/
Paraît trimestriellement/
Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero
3/2016, 05.09.2016

Abschlussdatum/Date de clôture/
Data di chiusura: 22.08.2016

Druckauflage/Tirage/Tiratura:
5 000

Nummer/Numéro/Numero
4/2016

Redaktionsschluss/
Délai de rédaction/
Termine di redazione:
31.10.2016

Erscheinungsdatum/
Date de parution/
Data di pubblicazione:
21.11.2016

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

Pro Militia

Herausgeber/Editeur/Editore

Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und eingetretener Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero

Präsident

Président/Presidente:
Hermann Graf

Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en chef/Caporedattore:

Martin Fricker,
redaktion@promilitia.ch
martin.fricker@martinfricker.ch

Insertionsbedingungen:

Format	CHF
1/1 Seite	1500.–
1/2 Seite hoch/quer	800.–
1/4 Seite hoch/quer	500.–
1/8 Seite hoch/quer	300.–

4-farbig oder schwarz/weiss

www.promilitia.ch/de/adressen

Bundeshausredaktor/ Correspondant parlementaire/ Corrpondente parlamentare:

Heinrich L. Wirz,
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/ Ufficio

Postfach/Case postale/Casella postale 369, 3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch

Druck und Versand/ Impression et expédition/ Stampa e spedizione:

Stämpfli AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia

Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis: CHF 5.–
Bezugsquelle: Geschäftsstelle
Pro Militia



Mitglied der Vereinigung
Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la
presse militaire européenne
Membro dell'associazione
della stampa militare europea